



**Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.11.2023**  
**Anfrage der Fraktion MitBürger zur Altersarmut in Halle (Saale)**  
**Vorlagen Nummer: VII/2023/06256**  
**TOP: 8.1**

**Antwort der Verwaltung:**

- 1. Was sind nach Einschätzung der Stadtverwaltung mögliche Gründe für die geringe Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter speziell in Halle (Saale)?**
- 2. Liegen der Stadtverwaltung Erkenntnisse darüber vor, ob die Inanspruchnahme von anderen Leistungen wie beispielsweise Wohngeld durch Senior\*innen ähnlich gering ausfällt? Wenn ja, welche?**

zu 1. und 2.

Aktuell beziehen in der Stadt Halle (Saale) 1.837 Personen Grundsicherung im Alter. Zugleich beziehen derzeit 2.921 Rentnerinnen und Rentner in der Stadt Halle (Saale) Wohngeld. Beide Leistungen können nicht parallel gewährt werden. Damit beziehen insgesamt 4.758 Rentnerinnen und Rentner Sozialleistungen.

Zu den Gründen für eine nicht erfolgte Antragstellung liegen der Stadt keine statistischen Erhebungen vor.

- 3. Welche konkreten Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote bietet die Stadt Halle (Saale) Senior\*innen? Wie hat sich deren Prävalenz im Zuge zunehmender Altersarmut verändert?**

Die Stadt Halle (Saale) hält unterschiedliche Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote vor, über welche die Stadt in einem „Wegweiser für ältere Menschen“ und auf der Internetseite informiert. Mitarbeitende der Stadt, darunter die Seniorenbeauftragte, Seniorensozialarbeiter und Quartiermanager, unterstützen bei der Suche nach Beratung und Angeboten. Auch die Wohnungsunternehmen bieten ihren Mieterinnen und Mietern Beratung und Informationen zu sozialen Themen an. Schließlich beraten und unterstützen auch die Mitglieder des Seniorenrates der Stadt Halle (Saale), Gewerkschaften sowie caritative Einrichtungen.

Die gesamtstädtische Inanspruchnahme von Beratungsangeboten wird statistisch nicht erfasst.



**4. Plant die Stadtverwaltung angesichts zunehmender Altersarmut und einem voranschreitenden demografischen Wandel eine Ausweitung der Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote? Welche zusätzlichen Voraussetzungen müssten hierfür gegebenenfalls geschaffen werden? Wenn nein, warum nicht?**

Die Angebote werden stetig nachgehalten und in Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf eine umfangreiche und adressatengerechte Beratung hin geprüft. Eine Ausweitung ist seitens der Stadtverwaltung aktuell nicht vorgesehen.

**5. Welche Maßnahmen plant die Stadtverwaltung oder hat sie bereits ergriffen, um Senior\*innen die Antragstellung zu erleichtern?**

Alle Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützungsbedarf im Rahmen der Antragstellung haben, erhalten durch die Mitarbeitenden die notwendige Unterstützung. Zudem wurde eine Servicestelle Wohngeld eingerichtet, die als erste Anlaufstelle Orientierung bietet. Darüber hinaus weitet die Stadt kontinuierlich ihre Angebote zur Antragstellung im Internet aus.

**6. Welche Strategie verfolgt die Stadtverwaltung um die Nichtinanspruchnahme aus Scham beziehungsweise Angst vor Stigmatisierung zu reduzieren?**

Es obliegt der freien Entscheidung jedes Einzelnen, ob er angebotene Leistungen tatsächlich in Anspruch nimmt, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Insoweit ist es der Stadt nicht möglich, zu erfassen, aus welchen Gründen Leistungen nicht in Anspruch genommen werden.

Inwiefern eine Informationskampagne dazu beitragen kann, den Bezug von Sozialhilfeleistungen zu enttabuisieren, will die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat diskutieren. Die Anfrage wurde daher an das ehrenamtliche Gremium mit der Bitte um Einschätzung weitergeleitet.

Katharina Brederlow  
Beigeordnete